



DIE WELT, 29.01.2015, Nr. 24, S. 9 / Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

Eigener **TTIP**-Beirat fällt Gabriel in den Rücken

Mitglieder des Gremiums machen ihrem Ärger über das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA Luft

Nikolaus Doll, Martin Greive und Daniel Friedrich Sturm

Sigmar Gabriel hat ambitionierte Pläne. Bis Ende des Jahres will der Bundeswirtschaftsminister die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) abschließen. Nur ist der Widerstand gegen das Abkommen gewaltig. Das Wirtschaftsministerium hatte deshalb extra einen TTIP-Beirat gegründet. Gefruchtet haben die Diskussionen in dem Gremium bislang nicht. In einem Positionspapier machen etliche Beiratsmitglieder ihrem Ärger über das Abkommen Luft. Das Papier mit dem Titel "Für eine Handelspolitik im Interesse der Menschen und der Umwelt" liegt der "Welt" vor.

"Freihandel muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt", heißt es dem Papier, das unter anderem DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell und Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), unterzeichnet haben. "Dabei treten wir gemeinsam ein für eine Handels- und Investitionsschutzpolitik, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert."

Besonders fünf Punkte stören die Kritiker. So fürchten sie ein Absenken von Umwelt- und Verbraucherstandards. Zwar beteuere die EU, dies nicht zuzulassen, "jedoch ist die Beseitigung oder Aufweichung von Schutzvorschriften erklärtes Interesse von einflussreichen Unternehmen und auch Gegenstand eines auszuhandelnden Gesamtpakets". Eine Regulierungszusammenarbeit zwischen den USA und der EU lehnen die Kritiker grundsätzlich ab. Es "besteht die Gefahr, dass tief in die staatliche Souveränität und die demokratischen Rechte der EU und in den Mitgliedsstaaten eingegriffen wird", heißt es dem Papier. Dritter Kritikpunkt: Das in TTIP beabsichtigte Liberalisierungsverbot führe zu einem "Liberalisierungsdruck", der auch die "Daseinsvorsorge erfassen würde". Auch setze TTIP "falsche Akzente" beim Klimaschutz. Und schließlich lehnen die Beiratsmitglieder die geplanten Schiedsgerichte ab. Die Schiedsverfahren der letzten Jahre machten deutlich, "dass Investor-Staat-Schiedsverfahren eine nicht zu akzeptierende Einschränkung staatlicher Handlungsmöglichkeiten und demokratischer Entscheidungsverfahren darstellen".

Gabriel hatte erklärt, Schiedsverfahren nicht für nötig zu halten. Doch EU und USA pochen darauf. So drängt die EU-Kommission die europäischen Regierungen laut einem vertraulichen Bericht zufolge dazu, weiter über die umstrittenen Schiedsgerichte für den Investorenschutz (ISDS) verhandeln zu können. Die Kommission "machte deutlich, dass es aus verhandlungsstrategischen Gründen immens wichtig sei, dass ISDS nicht aus TTIP herausgenommen werde", heißt es in einem Bericht der deutschen Ständigen Vertretung in Brüssel über ein Treffen Mitte Januar, der der "Welt" vorliegt. Die "EU müsste hierfür ansonsten einen sehr hohen Preis bezahlen".

Aus dem Dokument geht auch hervor, dass die EU-Kommission genervt von den Mitgliedsstaaten ist. Zur nächsten Verhandlungsrunde erhoffe sie sich weniger Anmerkungen und Fragen, teilte sie mit. "Der Kommission scheint der Ernst der Lage nicht bewusst zu sein", sagt Bärbel Höhn (Grüne), Vorsitzende des Bundesausschusses. "Und es wird auch nicht funktionieren, den Mitgliedstaaten den Mund zu verbieten. Handelsabkommen ohne Klageprivilegien für Konzerne sind möglich und nötig."

Das Wirtschaftsministerium versucht die Sorgen vor TTIP zu zerstreuen. Es setze sich dafür ein, dass Schiedsgerichte nicht in die nationale Gesetzgebung eingriffen, schreibt das Haus zu dem Positionspapier von Gewerkschaften und Verbänden. "Dieses ist im Kanada-Abkommen bereits gelungen und soll durch entsprechende Verbesserungen im Abkommen noch gestärkt werden." Bundesregierung und EU schließen zudem keine Abkommen, die auf Kosten von Demokratie, Rechtsstaat, Umwelt und Sozialstandards und kulturelle Vielfalt gingen. Auch würden durch "TTIP die Rahmenbedingungen für die Daseinsvorsorge nicht geändert."

Auf die Autobranche als Unterstützer kann die Bundesregierung zählen. Sieben Spitzenmanager und der Verband der Autoindustrie (VDA) warben am Mittwoch gemeinsam für das Abkommen. "TTIP bietet Deutschland und Europa große Chancen: Ein transatlantischer Markt ohne Grenzen, ohne Zölle, dafür mit gemeinsamen Standards und sicheren Investitionen", sagte VDA-Präsident Matthias Wissmann. Die Autoindustrie stünde geschlossen hinter TTIP.

*Nikolaus Doll
Martin Greive
Daniel Friedrich Sturm*

Quelle: DIE WELT, 29.01.2015, Nr. 24, S. 9


Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

Dokumentnummer: 131542885

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://bmwi.genios.de:443/document/WELT__131542885

Alle Rechte vorbehalten: (c) Axel Springer AG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH